

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Z.-L.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Besetzungszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Tunneleinwurf in Charlottenburg.

Acht Arbeiter unter den Trümmern begraben.

Wie uns kurz vor Schluss der Abendausgabe mitgeteilt wird, ereignete sich um 13.30 Uhr an der Neubaustrecke der Ringbahn zwischen Charlottenburg und Wilmersleben eine schwere Einsturzkatastrophe. Ein im Bau befindlicher Tunnel in der Nähe der Rönnestraße und des Dernburgplatzes stürzte aus bisher unbekanntem Ursachen plötzlich ein und begrub acht Arbeiter unter den Sandmassen.

Die Feuerwehr traf sofort mit mehreren Zügen an der Unfallstelle ein. Es gelang zunächst drei Arbeiter aus den Sandmassen in schwerverletztem Zustand zu retten.

Das Schicksal der anderen ist noch ungewiss.

Was wird aus der Befoldungsvorlage?

Noch immer kein Abschluss.

Der 1. Oktober, als der Tag, an dem die Beamtenbezüge nach der neuen Befoldungsordnung gezahlt oder auf die Vorschüsse gegeben werden sollen, rückt näher, ohne daß bisher etwas Positives beschlossen worden ist.

Das Reichskabinett hat zwar verkünden lassen, daß die Befoldungsvorlage vom Kabinett endgültig verabschiedet worden sei. Wir wissen aber, daß dies nicht zutrifft und daß noch erhebliche Differenzen zu bereinigen sind.

Es ist anzunehmen, daß erst in dieser Sitzung mit oder ohne Stresemann die Befoldungsvorlage vom Kabinett endgültig verabschiedet wird, und daß sich das Kabinett dabei auch über die Vorschläge klar werden wird, die es wegen der Vorschußzahlungen dem Haushaltsauschuß unterbreiten will.

Unter diesen Umständen erscheint es ausgeschlossen, daß die neuen Befoldungsgruppen und die neuen Gehälter zur Grundlage der Vorschußzahlungen gemacht werden. Es wird sich vielmehr empfehlen, die bisherigen Gehälter zu zahlen und hierauf als Vorschuß einen festen Betrag zuzuschlagen.

Der Sinn des Flaggenkampfes.

Stimmen aus dem Zentrum.

Das Berliner Organ des Zentrums, die "Germania", nimmt in einem Leitartikel zu der Flaggenfrage Stellung, nachdem die deutschnationalen Presse und die Rechtsorganisationen dazu aufgerufen haben, den Geburtstag des achtzigjährigen Hindenburg zu einem Kampftag für die Kaiserfarben zu gestalten.

Diesem Treiben setzt das Zentrumsbblatt schärfsten Widerstand entgegen. Es fragt nach dem Sinn dieser schwarzweißroten Propaganda:

Wir kennen als offizielle Farben keine gleichberechtigten Farben, sondern nur die als Reichsfarben allein berechtigten Farben Schwarzrotgold. Die Handelsflagge ist keine Nationalflagge. Immer wieder muß daran erinnert werden, daß die Minister, auch die deutschnationalen, und der Reichspräsident, wie es selbstverständlich ist, offiziell nur das schwarzrotgoldene Reichsbanner führen.

Der Kampf um die Farben hat nie getrachtet. Er ist auch geführt worden, als er nach außen hin nicht so in der Erscheinung trat, wie in den letzten Monaten. Darum ist die Darstellung, als ob der Berliner Magistrat und die preussische Regierung den Frieden gefährdet hätten, tendenzlos. Der Kampf um die Farbenhaken würde nie mit solcher Leidenschaft geführt werden, wenn es sich nicht eben um Symbole handelte, um Symbole entgegengelegter Staatsauffassung. Ist es nicht etwa so, daß in den Herzen derer, die für Schwarzweißrot eintreten, auch heute noch das Verlangen lebt, die ganze neue Staatsordnung abzubauen? Jeder ist davon überzeugt, nur in der Deutschen Volkspartei scheint es Kreise zu geben, die sich noch in der Illusion wiegen, gleichzeitig für die Republik und die schwarzweißroten Farben eintreten zu können. Und doch steht fest: die Republik wird schwarzrotgold sein oder sie wird nicht sein. Es handelt sich darum,

dieser Sachlage ins Auge zu sehen. Der Kampf um die Sicherung der Grundlagen des neuen Staates ist noch nicht zu Ende. Eine unmittelbare Gefahr droht der Republik zwar nicht, aber es besteht die Gefahr, daß sie innerlich ausgehöhlt wird. Wer von der Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung eine stärkere und allgemeinere Bejahung der Grundlagen des neuen Staates erwartet hat, wird leider diese Erwartung heute nicht gut als ganz gerechtfertigt bezeichnen können.

Die Wahlvorbereitungen im Bürgerblock gehen danach in verschiedenen Richtungen. Wir können es dem Zentrum nachfühlen, daß es nicht mit den Westarp und Scholz in einer Front den Wahlkampf führen möchte, trotzdem es in dieser Front die Zollgehe und die Mieterhöhungen mitbeschlossen hat und im Begriff ist, das schwarzweißrote Reichschulgesetz zu machen.

Aber ein anderes ist es, im Reichstag gemeinsame Politik gegen die Wähler zu machen, als vor den Wählern diese Politik in der gleichen Front zu verteidigen. Deshalb sieht das Zentrum mit steigendem Interesse, wie sehr sich die schwarzweißrote Garde von dem Zentrum als Koalitionsgenossen entfernt. Deshalb das wiederholte Betonen der Gegensätze. Wahrscheinlich ist es dem Zentrum nicht einmal unangenehm, wenn die Koalition mit den Junkern noch vor den Wahlen in die Brüche gehen würde.

Ein Verleumderkonzern.

Das "Freie Wort" vor Gericht.

Vor der Berufungsinstanz wurde am Montag in Essen ein Beleidigungsprozess gegen den verantwortlichen Redakteur des "Freien Wort" Dr. Arnold verhandelt, der das journalistische Kunststück fertiggebracht hatte, in einem Schimpfsartikel von knapp 25 Zeilen nicht weniger als ein Dutzend verleumderische Behauptungen gegen den Landtagsabgeordneten Genossen Ruttner aufzustellen.

In der ersten Instanz war Arnold zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wie damals machte er auch jetzt keinerlei Versuch, auch nur eine einzige seiner Behauptungen zu beweisen. Er und sein Verteidiger ließen vielmehr nur um Herabsetzung der Strafe und beriefen sich darauf, daß Arnold seine Behauptungen „in gutem Glauben“ aus dem — Deutschen Vorwärts — und aus einer Broschüre von Karl Erdmann übernommen habe. Außerdem sei er gegen den Beleidigten durch ein in „Lachen links“ erscheinendes Gedicht des bekannten Dichters Klabend erregt gewesen.

Rechtsanwalt Dr. Leug-Essen als Vertreter des Nebenklägers Ruttner wies mit Recht darauf hin, daß das betreffende Gedicht fast anderthalb Jahre vor dem inkriminierten Artikel erschienen war, daß der Angeklagte also keine „Erregung“ gut auf Eis gelegt haben müsse, oder richtiger gesagt — daß es sich um eine nachträglich erlommene Ausrede handelte.

Als einziger vernommener Zeuge konnte Genosse Ruttner leicht dartun, daß von allen über ihn im „Freien Wort“ aufgestellten Behauptungen ungefähr das Gegenteil den Tatsachen entspreche. In seinem Schlusswort als Nebenkläger wies er darauf hin, daß eine Anzahl von Heftblättern offenbar einen Konzern zur Verleumdung sozialdemokratischer Politiker bilden, indem sie zwar mit größter Genauigkeit jede herabsetzende Behauptung voneinander abschreiben und noch verschärfen, aber merkwürdigerweise nie etwas davon erfahren haben wollen, daß diese Behauptungen bereits durch Gerichtsurteil widerlegt worden sind.

Der die Anklage vertretende Oberstaatsanwalt beantragte Heraussetzung der in erster Instanz erkannten Strafe auf fünf Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte zwar an, daß bei der außerordentlichen Schwere der Beleidigungen, die in allen Punkten als widerlegt anzusehen seien, eine Geldstrafe nicht am Platze sei. Es ließ aber trotzdem eine befremdliche Strafe wahren — wozu wohl auch der geradezu niederschmetternde Eindruck beitrug, den der Angeklagte trotz seines Doktorgrades in bezug auf seine geistigen Fähigkeiten machte — und setzte die Strafe von zwei auf einen Monat herab, wobei es dem Angeklagten für diesen Monat noch eine dreijährige Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Geldbuße von 500 M. zuerkannte.

Es mag hier erwähnt werden, daß jüngst eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, die Arnold wegen der bekannten Verleumdung des Ministers Hirthsler erhielt, gleichfalls in der Berufungsinstanz trotz unveränderter Sachlage auf 2000 M. Geldstrafe herabgesetzt wurde. Charakteristisch ist schließlich noch, daß das als typisches Verleumderblatt anzusprenchende "Freie Wort" sich der besonderen Gunst volksparteilicher und schwerindustrieller Kreise in Essen erfreut.

Das Kriegsschädenschlußgesetz.

Eine Denkschrift der Geschädigten-Verbände.

Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden hat in einer neuen Denkschrift, die jetzt den maßgebenden Regierungskreisen zugeht, ihre Stellungnahme zu dem Entwurf eines Kriegsschädenschlußgesetzes festgelegt und eingehend begründet.

Das Blutbad in Litauen.

Furchtbare Unterdrückung des antifaschistischen Aufstandes

Von Abg. Bruno Kalnin, Riga.

Bald nach dem faschistischen Umsturz vom 17. Dezember 1926 und der Verjagung des Parlaments war es für jeden aufmerksamen Beobachter Litauens klar, daß das faschistische Regime Smetonas-Woldemaras-Dausantas eine gewaltsame Aufhebung des getnebelten Volkes hervorgerufen wird. War doch der Dezemberputsch nur durch die Unwachsbarkeit der demokratischen Elemente möglich gewesen. Die faschistische Regierung konnte sich nur auf einige hundert junger Bourgeoisoffiziere und auf ganz dünne Schichten des Großbürgertums stützen. Im Parlament konnten die jetzigen Machthaber nicht mehr als ganze fünf Abgeordnete von den 85 aufbringen! Woldemaras hat zehn Monate nur mit dreihundert faschistischen Leutnants und einigen, den Dezemberhelden ergebenden Truppenteilen gegen den ausdrücklichen Willen der großen Volksmehrheit regiert.

Es ist dieses ein reines Gewaltregime einer numerisch ganz kleinen militärischen Clique. Das ganze litauische Volk aber, sogar die christlich-kerkale Partei ist gegen die faschistischen Gewalttäter.

Breite Massen der Bauern, die in Litauen 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sowie die Arbeiterschaft und ein beträchtlicher Teil der Armee, geriet schon im Frühjahr 1927 in Gärung. Schon damals war die Lage sehr kritisch und in den Tagen um den 15. März war die Usurpatorenregierung in großer Furcht. Es wurden damals Massenverhaftungen, besonders im Heere vorgenommen. Der bürgerlich-demokratische Abgeordnete Dr. Palaujns wurde zum Tode verurteilt. Mit diesen Repressalien gelang der Faschistenclique die Unterdrückung der ersten Aufwallung der Volksmassen.

Die antifaschistische Bewegung war aber dadurch noch lange nicht beendet. Die Gewaltmaßnahmen der herrschenden Clique wurden immer dreister. Es herrschte volles Versammlungsverbot. Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst, die Presse durch Zensur getnebelt, die Worte „Demokratie“ und „demokratisch“ wurden immer gestrichen! Verhaftungen unschuldidiger Arbeiter und Bauern wurden massenweise vorgenommen. Viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der bürgerlichen Demokraten (Laudininken) mußten flüchten; zumeist gingen sie nach Lettland. Hier, in Riga, wird auch die einzige freie Zeitung der litauischen Demokratie, „Laudas Bassas“, gedruckt.

Im Herbst wurden die Volksmassen besonders durch die beabsichtigte Verfassungsänderung, welche Litauen auch „rechtlich“ in eine faschistische Mordhöhle verwandeln soll, gereizt. Diese Verfassungsänderung wollte man durch eine gefälschte Volksabstimmung bei voller Unfreiheit der Gegenagitation durchsetzen. Die Empörung wurde immer größer und es kam zum bewaffneten Aufstand.

Das Signal zum Aufstand gaben die Arbeiter der Kreisstadt Lauroggen, unweit der deutschen Grenze. Am 9. September vier Uhr morgens begannen 150 Aufständische ihren Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie. Die Führer waren der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Mikulski (Sekretär des Landarbeiterverbandes) und ein Hauptmann des Generalstabes, Rajus, bürgerlicher Demokrat. Die Staatsgebäude wurden ohne großen Widerstand besetzt, die Polizei entwapnet. Abgeordneter Genosse Pletschkaitis zog mit einer Kolonne Arbeiter und Bauern gegen die benachbarte Stadt Olita. Die Hauptstadt Kowno und die größten Provinzstädte waren in Gärung geraten. Doch es kam leider hier nicht zum offenen Aufstand. Dadurch war das Wüthlingen des Aufstandes besiegelt. Wohl haben sich mehrere Teile des 7. Infanterieregiments von Memel, sowie des 9. Infanterieregiment und das Eisenbahnbataillon in Schaulen geweigert, nach Lauroggen zu marschieren. Man formierte dann eine Offiziersgruppe, die gegen drei Uhr nachmittags nach einigen Kämpfen Lauroggen besetzte.

Die Aufständischen ergriffen die Flucht. Man versuchte, nach Deutschland und Lettland zu entkommen. Wieder andere gingen nach Polen. So die Gewerkschaftsführer und Abgeordneten Paplauskas und Kedis, die am 12. September die Demarkationslinie bei Wilna überschritten. Der Aufstandsführer, Genosse Mikulski, wurde am 11. September während seiner Flucht nach Lettland von den Faschisten in einem Dorf umzingelt und nach tapferer Verteidigung erschossen. Seine Leiche war von zehn Kugel durchbohrt. So hat einer der aktivsten Funktionäre der Sozialdemokratie Litauens den Heldentod gefunden. . . .

Sogleich begann die blutige Rache der faschistischen Regierung. Es wurde in Lauroggen ein Kriegsgericht eingesetzt. Dieses fällt seit dem 13. September täglich mehrere Todesurteile. Es sind bis zur Stunde schon 20 Personen erschossen. In der Stadt wurden zweihundert Verhaftungen vorgenommen. Unter den Erschossenen befinden sich fünf Jünglinge im Alter von vierzehn bis sechzehn Jahren! Ein fünfzehnjähriger Genosse wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Hinrichtungen dauern an.

Die Wut der Henker kennt keine Grenzen. Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten werden zu Hunderten verhaftet. Es befinden sich schon zwanzig Abgeordnete in Gefängnissen! In Kowno hat man die ganze Redaktion des „Sozialdemokraten“ verhaftet. Der Parteisekretär, den man festnehmen wollte, ist geflüchtet. Die

